



Presseschau vom 20.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Die Abrechnung: Ein Jahr Corona mit Dr. Köhnlein**

Vor genau einem Jahr führte RT DE das erste Interview mit dem Kieler Internisten Dr. Köhnlein, das – genau wie das zweite – viral gehen sollte. Nun stattete ihm Margo Zvereva einen dritten Besuch ab, um ein vorläufiges Fazit zu ziehen und einen Ausblick zu wagen. ... <https://kurz.rt.com/2ghp>

Paul Linke: „Nato 2.0“: USA könnten bald Mitglied des EU-Verteidigungsbündnisses werden

Die USA, Kanada und Norwegen wollen sich an der EU-Verteidigungsinitiative Pesco beteiligen. Laut einem Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ will Brüssel den Anträgen der drei Staaten zustimmen. Droht die Verteidigungsunion zu einer Nato 2.0 zu verkommen? Das befürchtet der Nato-Experte und Bundeswehroffizier a.D. Jürgen Rose im SNA-Interview. ... <https://snanews.de/20210320/usa-pesco-beitritt-1368676.html>

Scott Ritter: **Bidens Muskelspiel vor dem "seelenlosen Mörder" Putin wäre lustig, wären die Folgen nicht so ernst**

Joe Bidens Versuch, Wladimir Putin zum "seelenlosen Killer" abzustempeln, ist die jüngste in einer Reihe faktenfreier Behauptungen, die heute die Beziehungen Russland–USA definieren. Man will damit Biden wie eine starke Führungspersönlichkeit darstellen – die er aber nicht ist.

...

<https://kurz.rt.com/2gfg>

Kaspar Sachse: Gemütlich im Staatsdienst: Das Versagen von akademischen "Eliten" in der Corona-Krise

Gingen Akademiker der 1968er gegen autoritäre Missstände vor, so zeigt sich ein Jahr nach der WHO-Verkündung einer Corona-Pandemie: Heute stehen Professoren samt Studenten oft voll hinter Einschränkungen oder fordern gar härtere Maßnahmen, Diskurse um Freiheitsrechte sind obsolet. ...

<https://kurz.rt.com/2gel>

abends/nachts:

snanews.de: „Wir sind entschiedene Verfechter ...“ - Merkel bekennt sich zur Energiepartnerschaft mit Ukraine

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihre Unterstützung für eine erweiterte Energiepartnerschaft zwischen Deutschland und der Ukraine bekräftigt. Dabei betonte Merkel die Bedeutung der Ukraine als Gastransitland.

„Im Energiebereich hat die Ukraine gerade auch aus deutscher Sicht eine besondere Stellung“, sagte Merkel am Freitag per Video auf dem 4. Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum.

„Denn sie trägt durch den Gastransit aus Russland, den wir Ende 2019 verlängern konnten, zur Versorgungssicherheit Europas bei.“

In dieser Hinsicht zeigte sich Merkel froh, dass Berlin im August letzten Jahres die deutsch-ukrainische Energiepartnerschaft gegründet habe, mit der „wir die Modernisierung des Energiesektors in der Ukraine unterstützen wollen“. Dabei könnten auch die Erfahrungen Deutschlands mit dem Kohleausstieg der Ukraine nützen. Merkel verwies dabei darauf, dass der frühere Ministerpräsident Sachsens Stanislaw Tillich als Sonderbeauftragter der Bundesregierung den Strukturwandel in den ukrainischen Kohleregionen begleiten werde. Bei erneuerbaren Energien und dem Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft wollten Deutschland und die Ukraine noch enger zusammenarbeiten.

Merkel betont deutschen Einsatz für die Ukraine ...

In ihrer Rede hat die Kanzlerin nicht zuletzt die deutschen Leistungen für die Ukraine ans Licht gebracht. „Deutschland ist einer der engsten Partner der Ukraine. Wir sind entschiedene Verfechter der territorialen Integrität der Ukraine“, so Merkel. Die CDU-Politikerin weiter:

„So war und ist es uns wichtig, dass die Europäische Union auf die Annexion der Krim vor sieben Jahren und auf den Konflikt in der Ostukraine entschlossen und unmissverständlich reagiert, an dieser Haltung allen Skeptikern zum Trotz festhält und alles dafür tut, damit sich die Situation ändert.“ Auch sei Deutschland der größte humanitäre Geber und habe über 110 verwundete ukrainische Soldaten in Deutschland medizinisch betreut und behandelt. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit habe die Bundesregierung seit 2014 Mittel in Höhe von über einer halben Milliarde Euro zugesagt, erinnerte Merkel.

... und mahnt Ukraine, die versprochenen Reformen umzusetzen

Zwar sei Deutschland an einer fruchtbaren Partnerschaft mit der Ukraine interessiert, hieß also die Kernbotschaft Merkels an den ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Schmyhal, aber auch die Ukraine müsste sich dafür einbringen.

„Deshalb sage ich noch einmal: Das Bekenntnis der ukrainischen Regierung zu langfristigen und nachhaltigen Reformen ist von großer Wichtigkeit für uns.“

Die Reformfortschritte seien zwar unverkennbar, aber in vielen Bereichen habe Kiew noch einige Schritte vor sich: im Kampf gegen Korruption, im Justizsektor und im Bodenmarkt.

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich kann Sie nur ermuntern, Ihren Reformkurs konsequent weiterzuverfolgen. Von der Umsetzung der Reformagenda und des

Assoziierungsabkommens mit der EU hängt ja auch eine erfolgreiche Umsetzung der Makrofinanzhilfe der Europäischen Union ab. Ich bin mir vollkommen bewusst, dass der Weg, den Ihre Regierung eingeschlagen hat, mühsam ist. Gleichwohl bringt er die Ukraine näher an die Europäische Union heran und führt schrittweise zu gegenseitigen Marktöffnungen. Daher verstehe ich die Reformanstrengungen als eine Investition in die Zukunft - wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich.“

Ministerpräsident Schmygal bedankte sich seinerseits bei Merkel für ihren Einsatz. Er warb um mehr deutsche Investitionen in der Ukraine. Die Regierung wolle weitere Reformen auf den Weg bringen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/1c/1081596_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_a308cfd_a539e1a278572d5cf8aaf3eab.jpg

de.rt.com: **"Krim-Plattform": Ukraine sieht Deutschland in "moralischer Pflicht" bei Rückführung der Krim**

Die Ukraine plant ein großes Gipfeltreffen in Kiew, das die Rückführung der Krim an die Ukraine ermöglichen soll. Auch Deutschland sollte sich für die Rückgabe der Halbinsel starkmachen. Grund dafür sei die "moralische Pflicht" gegenüber der Ukraine.

Seit fast einem Jahr arbeitet die Ukraine Schritt für Schritt an der Strategie zur "Rückführung der Krim". Der Kernpunkt der Strategie sollte die "Krim-Plattform" sein – ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Ukraine, Frankreichs, Deutschlands, Großbritanniens, der USA, der Türkei und so weiter.

Am 26. Februar hatte Präsident Wladimir Selenskij ein Dekret "über die Deokkupation und Reintegration" der Krim unterzeichnet, mit dem die Arbeit der "Krim-Plattform" offiziell begann. Um so viele Staaten wie möglich zur Mitarbeit an dem Projekt heranzuziehen, unternimmt die Ukraine seit Monaten erhebliche diplomatische Anstrengungen.

Am 18. März, dem siebten Jahrestag des offiziellen Beitritts der Autonomen Republik Krim zur Russischen Föderation, teilte das Amt des ukrainischen Präsidenten mit, dass das Gipfeltreffen der "Krim-Plattform" am ukrainischen Unabhängigkeitstag am 23. August stattfinden soll.

Laut Selenskij haben die USA, Kanada, Großbritannien und die Türkei bereits der Teilnahme an der Krim-Plattform zugestimmt. Es fällt allerdings auf, dass sich unter diesen Staaten noch kein einziger EU-Staat befindet. Es ist bekannt, dass die Türkei wegen der historischen Verbindungen zum Krim-Chanat die Krim vor allem als Teil ihres Einflussbereichs sieht und daher in dieser Frage eine eigene, nicht unbedingt proukrainische Agenda vertritt. Die restlichen Staaten gehören nicht zu Kontinentaleuropa.

Um seinem außenpolitischen Projekt mehr Gewicht zu verleihen, bemüht sich Selenskij vor allem darum, große EU-Staaten wie Frankreich oder Deutschland zur Teilnahme an diesem

Format zu bewegen. Den Jahrestag des Krim-Referendums am 16. März nutzte die Ukraine für einen großen diplomatischen Vorstoß in Berlin. An diesem Tag veröffentlichte der ukrainische Botschafter Andrei Melnyk einen Artikel in der Berliner Zeitung. Gerade jetzt eröffnet sich laut Melnyk für Deutschland eine historische Chance, im Schulterschluss mit der neuen US-Regierung den Kremlherrscher mit neuer transatlantischer Härte zu konfrontieren. Die Krim sei ein Lackmustrtest, ob die Deutschen wirklich bereit seien, mehr Verantwortung auf der Weltbühne zu übernehmen und für das Völkerrecht zu kämpfen. "Gerade Deutschland kann und muss eine entscheidende Rolle spielen, um die Krim-Annexion zu stoppen."

Im Artikel wirft Melnyk dem russischen Präsidenten "Barbarei" und die brutale Verfolgung der Ukrainer und Krimtataren auf der Halbinsel vor, die "Schrecken der NS- und sowjetischen Vergangenheit in Erinnerung rufen". Der Nazismus-Vergleich ist nicht zufällig. Mit ihm mahnt Melnyk die moralische Pflicht der Bundesrepublik wegen der "immerwährenden historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber der Ukraine für die NS-Gewaltherrschaft mit über acht Millionen ukrainischen Kriegsoptionen" an.

In seiner geschichtlichen Ausführung geht Melnyk sogar so weit, dass er einen kausalen Zusammenhang zwischen der Verbannung der Krimtataren am Ende des Krieges und der deutschen Besatzung herstellt:

"Vor allem für die Krimtataren wurde die NS-Besatzung zum Verhängnis: Gleich nach der Vertreibung der Deutschen durch die Rote Armee wurden am 18. Mai 1944 etwa 200.000 Personen von Stalin unter dem pauschalen Vorwurf der Kollaboration nach Zentralasien in Viehwaggons deportiert."

Mit dieser Behauptung überbietet Melnyk sogar den Rahmen des offiziellen geschichtlichen Narrativs in der Ukraine, wonach die Tatsache der Kollaboration mit dem Nazi-Regime – sei es von ukrainischen Nationalisten oder Krimtataren – unter den Teppich gekehrt wird.

Aber Melnyk erinnert in seinem Artikel nicht nur an die derzeit in Deutschland "vergessenen" Germanisierungspläne der Nazis, auf der Krim das neue "Reich der Goten" zu errichten. Er geht auf die Zeiten des deutschen "Kolonialismus" zurück, als das ausgehende Kaiserreich die Halbinsel im Zuge der "Operation Faustschlag" im Jahre 1918 für einige Monate besetzte. In Berlin habe man mit dem Gedanken gespielt, auf der Krim und in der südlichen Schwarzmeerregion der heutigen Ukraine einen eigenen Staat der deutschen Kolonisten zu errichten.

"Ausgerechnet die Krim spielte in dieser vorbelasteten kolonialistischen Geschichte eine tragische Rolle, doch dessen ist man sich in der deutschen Öffentlichkeit heute kaum noch bewusst."

Auch hier gibt Melnyk dem deutschen Staat eine zusätzliche Schuld, diesmal an Scheitern der "Ukrainischen Volksrepublik", des kurzzeitigen Staatsgebildes der Umwälzungsjahre 1917/1918. "Das Scheitern dieser widersprüchlichen Krim-Politik Deutschlands 1918 hatte fatale Folgen für die Unabhängigkeit der Ukraine und für die Krim, die vom aggressiven bolschewistischen Russland in den nächsten Jahren zerschlagen wurden."

Der ukrainische Botschafter, der während seiner sechsjährigen Dienstzeit schon mehrmals deutsche Spitzenpolitiker persönlich attackiert hatte – zu erinnern sei an die Bezeichnung des Kohl-Beraters Horst Teltschik als "Hampelmann Putins" oder die Zurechtweisung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier –, bekam allerdings diesmal von den übrigen deutschen Medien keine Bühne.

"Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrej Melnyk, forderte in der Berliner Zeitung einen internationalen Prozess, um die Krim wieder an die Ukraine anzugliedern", schrieb die dpa in einer vergleichsweise neutral verfassten Kurzmeldung, die nur von wenigen Medien übernommen wurde.

Deutschland meldete sich dennoch zur Krim-Frage – in einer gemeinsamen Erklärung der G7-Staaten am 18. März:

"Wir, die G7-Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Kanadas, Italiens, Japans, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie die Hohe Vertreterin der Europäischen Union, sind uns einig in unserer Verurteilung der fortgesetzten Aktionen Russlands, die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit der Ukraine zu untergraben."

Die Kritik an Russland wurde hier allgemein gehalten und unterschied sich kaum noch von allen anderen Erklärungen der westlichen Staaten aus den letzten sieben Jahren. Die Krim-Plattform fand dennoch eine Erwähnung:

"Wir begrüßen grundsätzlich die Initiative der Ukraine zur Einrichtung einer Internationalen Krim-Plattform, um die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um die Krim zu konsolidieren."

Selenskij bewertete diesen Passus als "Geste der Konsolidierung der internationalen Gemeinschaft zur Etablierung der Krim-Plattform".

Der ukrainische Oppositionspolitiker und bekannte Experte für internationale Politik Oleg Woloschin kommt zu einem anderen Schluss. "Der Teufel steckt ja bekanntlich im Detail", schrieb er auf seinem Facebook-Account im Hinblick auf die Formulierung "Wir unterstützen grundsätzlich":

"Das bedeutet keineswegs, dass sie bereit sind, sich an diesem Projekt auf einer ernsthaften politischen Ebene zu beteiligen. Mit anderen Worten: Nach meinen Informationen werden weder Macron noch Merkel oder gar deren Außenminister am 23. August in Kiew sein."

Die Reaktion Russlands auf die Initiative Kiews war vorhersehbar: Das russische Außenministerium verurteilte diese als "Angriff auf die russische territoriale Integrität". Die Sprecherin des Außenministeriums Maria Sacharowa ging in einem Kommentar zum Artikel des ukrainischen Botschafters etwas ausführlicher darauf ein.

"Er hätte seine deutschen Freunde daran erinnern sollen, dass Nazideutschland die Krim besetzt hat, die Teil Russlands/der UdSSR war, und wenn jemand dafür jemandem etwas schuldig sein soll, dann ist es Moskau, nicht Kiew", schrieb sie auf Facebook und fügte hinzu:

"Da Berlin schon nicht zum ersten Mal solche historischen Anspielungen des ukrainischen Botschafters erduldet, könnte es dann auch uns erlaubt sein? Wir werden uns das merken."

"Wenn man über die aktuelle moralische Verantwortung Berlins gegenüber Kiew spricht, sollte man sich lieber auf die (deutsche) Unterstützung des verfassungsfeindlichen Putsches in der Ukraine, die Nichterfüllung der Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Führung und die Verletzung der Meinungsfreiheit beziehen", schloss die russische Diplomatin.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6054d38248fbef05f57066f5.jpg>

vormittags:

snanews.de: **Ärzttekammern prüfen Hunderte Beschwerden gegen Ärzte in Zusammenhang mit Corona**

Bundesweit gehen die Landesärztekammern mehreren hundert Hinweisen nach, bei denen Ärzte im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gegen Berufsrecht oder Infektionsschutzverordnungen verstoßen haben sollen. Das geht aus einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur hervor.

Nach Angaben der Landesärztekammern können sich allerdings mehrere Hinweise auf gleiche Ärzte beziehen, weshalb es sich bei insgesamt mehr als 500.000 gemeldeten Ärzten in Deutschland nach Einschätzung der Landesärztekammern um Einzelfälle handelt.

Bei den Hinweisen geht es zum Beispiel um Beschwerden gegen Ärzte, die falsche Atteste ausstellen, um etwa Gegner der Corona-Maßnahmen von der Maskenpflicht zu befreien. Auch die Missachtung der Hygieneregeln in Arztpraxen oder kritische Äußerungen zur Pandemiegefahr sind Gegenstand von Beschwerden.

In Baden-Württemberg gingen nach Angaben der Landesärztekammer bis Februar 2021 rund 340 Beschwerden gegen Ärzte im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ein. Die Ärztekammer Niedersachsen teilte mit, ihr seien bislang 91 Beschwerden bekannt. In Thüringen liegen nach Angaben der Landesärztekammer Hinweise gegen 49 Ärzte vor. Die Sächsische Landesärztekammer geht nach eigenen Angaben rund 60 Vorgängen nach. In Berlin sind nach Angaben der Ärztekammer seit März 2020 mindestens 35 Beschwerden im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie eingegangen.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/0e/150674_0:319:2752:1867_1440x0_80_0_0_f4881def983e0b2d5b127a6f1eeb88e1.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 19. März 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **"Keine andere Erklärung": Impfstoff laut norwegischen Experten für Blutgerinnsel verantwortlich**

Nach der Aussetzung des Corona-Impfstoffs von AstraZeneca wird dieser nun wieder verwendet. Der Nutzen sei höher als das Risiko. Auch in Norwegen traten schwere Thrombosen auf. Eine Person starb. Laut einem Expertenteam gibt es dafür nur eine plausible Erklärung.

Die Debatte um den Corona-Impfstoff des britisch-schwedischen Pharmakonzerns AstraZeneca reißt nicht ab. Nachdem die Bundesregierung die Vergabe des Vakzins aufgrund von aufgetretenen Hirnvenenthrombosen zunächst ausgesetzt hatte, wurde diese am Freitag nun offiziell wiederaufgenommen. Die Impfdosen sollen laut Gesundheitsminister Jens Spahn nun jedoch mit einem Warnhinweis versehen werden.

Laut dem Präsidenten des für Impfstoffe zuständigen Paul-Ehrlich-Instituts Klaus Cichutek hat eine Prüfung ergeben, dass der Nutzen fortgeführter AstraZeneca-Impfungen größer sei als die Risiken. Zuvor hatte sich die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) der Sache angenommen. Einen eindeutigen Zusammenhang zwischen den "seltenen Fällen" der offiziell vermeldeten Thrombosen und der Vergabe des Vektor-Impfstoffs konnte man demzufolge jedoch nicht feststellen.

Zu einer anderen Bewertung der Zusammenhänge kam man derweil nun in Norwegen. Hintergrund waren akute Schmerzen, Blutgerinnsel an ungewöhnlichen Stellen (Gehirn und Magen), sowie Blutungen und eine niedrige Anzahl von Blutplättchen bei drei unter 50-jährigen Mitarbeitern des norwegischen Gesundheitswesens. Zuvor hatten alle drei den Impfstoff Covid von AstraZeneca erhalten. Einer der medizinischen Mitarbeiter verstarb am Montag.

Eine Untersuchung wurde eingeleitet, geleitet von Prof. Pål André Holme, Chefarzt am Osloer Universitätsklinikum. Am Freitag äußerte er sich gegenüber der norwegischen Zeitung VG.

"Die Ursache für den Zustand unserer Patienten ist gefunden."

Die Experten um Holme gingen der Frage nach, ob der AstraZeneca-Impfstoff ursächlich für die Blutgerinnsel und den Todesfall gewesen ist und eine unerwartete und starke Immunreaktion ausgelöst hat – eine Theorie, die sie nun bestätigt fanden.

"Unsere Theorie, dass es sich um eine starke Immunreaktion handelt, die höchstwahrscheinlich durch den Impfstoff ausgelöst wurde, hat sich bestätigt."

In Zusammenarbeit mit Fachleuten der Universitätsklinik Nordnorwegen habe man spezifische Antikörper gegen Blutplättchen gefunden, "die diese Reaktionen hervorrufen können und die wir aus anderen Bereichen der Medizin kennen, dann aber mit Medikamenten als Ursache der Reaktion", erklärte Holme VG.

Danach gefragt, ob der Impfstoff die "wahrscheinlichste" Ursache für die spezifische Immunantwort sei, sagte Holme, es gebe in der Biografie der drei Patienten neben dem Vakzin "nichts anderes", das eine solche Reaktion hervorgerufen haben könnte. Keiner der drei Patienten habe zuvor ähnliche gesundheitliche Probleme gehabt.

"Es gibt nichts in der Krankengeschichte dieser Personen, das eine so starke Immunreaktion hervorrufen kann. Ich bin zuversichtlich, dass die Antikörper, die wir gefunden haben, die Ursache sind, und ich sehe keine andere Erklärung, als dass es der Impfstoff ist, der sie auslöst."

Holme erklärte gleichzeitig, dass die untersuchten Nebenwirkungen sehr selten sein dürften, da "wir über sehr spezifische Antikörper sprechen".

Die norwegische Arzneimittelbehörde wollte die Untersuchungsergebnisse bislang nicht kommentieren. Deren medizinischer Direktor Steinar Madsen erklärte der norwegischen Nachrichtenagentur NTB:

"Wir müssen uns erst die Ergebnisse ansehen, ich möchte das jetzt nicht kommentieren."

AstraZeneca lehnt es bislang ebenfalls ab, die Ergebnisse der Experten zu kommentieren.

Anfang der Woche hatte die norwegische Journalistin Linn Wiik zu Protokoll gegeben, dass sie "gerne" dazu bereit sei, am Impfstoff von AstraZeneca zu "sterben", wenn ihr Opfer der Menschheit helfen würde, den "Krieg gegen Corona" zu gewinnen. Am Montag schrieb Wiik in einem Gastbeitrag für den norwegischen Fernsehsender TV 2:

"Einige müssen im Krieg gegen Corona geopfert werden. So ist es in allen Kriegen. Dieses Mal könnte ich es sein."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6054b109b480cc616a04a136.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 19. März 3:00 Uhr bis 20. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Mariupol: Mörser 82mm – einmal (7 Mörsergeschosse); Antipanzergrenatwerfer – einmal (3 Granaten); automatische Granatwerfer – einmal (15 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Leninskoje, Sachanka.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 25.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 3 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Ärzteverbände fordern Rückkehr zu bundesweitem Lockdown wie im Februar

Wegen des rasanten Anstiegs der Corona-Neuinfektionen und Inzidenzwerte schlagen die Ärzte Alarm und rufen zum Ziehen der Notbremse bundesweit auf.

Im Gespräch mit der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ brachte der Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (Divi), Gernot Marx, die Sicht der Intensivmediziner zum Ausdruck: Wegen der Gefahr, dass die Sieben-Tage-Inzidenz 200 übersteigen könne, „kann es nur eine Rückkehr zum Lockdown vom Februar geben“. Alle jetzigen Lockerungen werde man „später mit Zins und Zinseszins bezahlen“ müssen, ermahnte Marx.

Susanne Johna, Chefin des Ärzteverbandes Marburger Bund, stimmt dem Intensivmediziner zu. In einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ forderte sie eine vereinbarte Notbremse. „Da darf es keine Ausnahmen geben“ – denn ab Ostern sei nach ihrer Einschätzung die Lage noch kritischer als zu Silvester.

Lockerungen inmitten der dritten Welle und der Ausbreitung neuer Corona-Varianten nannte sie unverantwortlich und warnte, dass die Kliniken dadurch in eine Notsituation gezwungen werden könnten.

Am Samstag ist die Sieben-Tage-Inzidenz in Deutschland auf 99,9 gestiegen, meldete das Robert-Koch-Institut. 16.033 Neuinfektionen und 207 Todesfälle wurden registriert.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/16/1003231_0:0:3072:1728_1440x0_80_0_0_58b3d136f73741823810b4ed0d50410e.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 19. März um 9:00 Uhr 3453 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 2867 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 303 Todesfälle.

de.rt.com: **Pakistanischer General zu Indien: Feindschaft der Vergangenheit begraben und Frieden schaffen**

Pakistans Armeechef hat den Atomrivalen seines Landes Indien dazu aufgerufen, die Vergangenheit "zu begraben" und Bedingungen für Frieden zu schaffen. Der General wies aber auch darauf hin, dass Washingtons Beteiligung für die regionale Stabilität notwendig sei. Der Chef der pakistanischen Armee, General Qamar Javed Bajwa, hat am Donnerstag Indien dazu aufgerufen, frühere Konflikte mit seinem Nachbarn hinter sich zu lassen und sich dem Frieden zuzuwenden. Er stellte jedoch klar, dass die USA eine Rolle bei der regionalen Stabilität zu spielen hätten. Während einer Rede auf einer Konferenz in Islamabad betonte er: "Wir sind der Meinung, dass es an der Zeit ist, die Vergangenheit zu begraben und vorwärts zu gehen."

Er erklärte, die Regierung von US-Präsident Joe Biden gebe ihm "Hoffnung" für solche Entwicklungen und dass Washington eine Rolle bei der Erhaltung des Friedens in der asiatischen Region zu spielen habe.

Bajwa fügte hinzu, dass Indien in der Pflicht stehe, "ein förderliches Umfeld" für den Frieden zu schaffen, insbesondere im indisch verwalteten Kaschmir.

Kaschmir war in den Jahrzehnten seit der Zweiteilung der ehemaligen britischen Indien-Kolonie eine Quelle von Spannungen zwischen den beiden Nachbarstaaten, was zu sporadischen Konflikten in der Region führte.

Die schlimmsten Scharmützel der jüngsten Zeit brachen 2019 aus. Im Februar dieses Jahres verkündeten die beiden asiatischen Länder überraschend einen gemeinsamen Waffenstillstand, um die Gewalt in Kaschmir zu beenden, die im Jahr 2020 zum Tod von mindestens 74 Menschen geführt hatte.

In der umstrittenen Himalaya-Region verläuft die sogenannte "Line of Control", die de facto die internationale Grenze zwischen den beiden Nationen bildet.

Die Beziehungen zwischen Neu-Delhi und Islamabad verschlechterten sich ab 2019 erheblich, als Indien in Pakistan ansässige militante Gruppen eines Selbstmordattentats in Kaschmir beschuldigte, bei dem mindestens 40 indische Soldaten getötet wurden.

Die Spannungen eskalierten im selben Jahr noch weiter, als Neu-Delhi Kaschmir einen Sonderstatus entzog, der der Region gemäß Artikel 370 der indischen Verfassung gewährt wurde. Dieser gab der Region seit mehr als 70 Jahren eine gewisse Autonomie in den inneren Angelegenheiten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6054b9b648fbef04d67bb7c2.JPG>

Mzdnr.ru: Am 19. März wurden in der DVR 385 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 115 positiv. Bei 60 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 20. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 27.772 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4963 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 20.637 als gesund entlassen, es gibt 2172 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 67 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 6 Fälle weniger als in den vorangegangenen 24 Stunden. Davon wurden 52 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 920 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 463 mit Sauerstoffunterstützung (+20 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden im Ergebnis von 225 Express-Tests 55 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Weißrussland: Swetlana Tichanowskaja kündigt Online-Abstimmung über Verhandlungen mit Regierung an**

Die weißrussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja lässt die Bevölkerung des Landes über die Möglichkeit von Verhandlungen mit der Regierung in Minsk abstimmen. Über Gespräche können die Weißrussen ab sofort auf einer speziellen Online-Plattform votieren.

In einer Videoansprache auf ihrem YouTube-Kanal kündigte Tichanowskaja am Donnerstag den Start einer landesweiten Abstimmung auf der Online-Plattform "Golos" ("Stimme") an. Darin sagte sie:

"Jeder von Ihnen weiß, dass es eine Krise im Land gibt, die wir nur durch Verhandlungen mit internationaler Vermittlung auf friedlichem Wege lösen können."

Die Ex-Präsidentschaftskandidatin betonte, dass das Votum die für Frühling geplante neue Runde der Straßenproteste nicht ersetzen, sondern ergänzen soll. Die Gegner der Regierung wählten "nicht die Waffen, sondern einen gewaltfreien Protest und eine ehrliche Stimme". Die Abstimmung solle außerdem die Verhandlungen mit jenen Vertretern der weißrussischen Staatsführung ermöglichen, die "bereit sind, an die Zukunft zu denken und reife Entscheidungen zu treffen, anstatt die Krise zu einer totalen Katastrophe hinzuziehen", erklärte Tichanowskaja. Das langfristige Ziel der Kampagne sei allerdings die Durchführung

von Neuwahlen, sagte sie.

Die Oppositionsführerin behauptete, seit sieben Monaten mit ausländischen Politikern und Organisationen zusammenzuarbeiten. In dieser Zeit habe sie diese über die Situation in Weißrussland aufgeklärt und dabei ihre Unterstützung gewonnen. Laut Tichanowskaja würden die Stimmen ihrer Landsleute internationale Institute wie die OSZE und die UNO zu "entschiedenen Schritten" sowie die Regierung in Minsk dazu bewegen, Verhandlungen anzutreten.

Noch vor der Aufnahme von Gesprächen mit der weißrussischen Regierung wolle die Opposition ihre Verhandlungsposition "durch Proteste und Kampagnen des zivilen Ungehorsams" stärken, sagte Tichanowskaja. Die ersten Ergebnisse der Abstimmung sollen am 25. März bekannt gegeben werden.

Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission in Minsk gewann der amtierende weißrussische Staatschef Alexander Lukaschenko seine sechste Wahl am 9. August 2020 mit 80,1 Prozent der Stimmen. Seine wichtigste Rivalin Tichanowskaja konnte demnach 10,12 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die weißrussische Opposition erkannte das Wahlergebnis nicht an. Seitdem kommt es immer wieder zu landesweiten Protestzügen, an denen sich Zehntausende Menschen beteiligten. Die Polizei ging mit Tränengas, Gummigeschossen und Blendgranaten gegen Demonstranten vor. Allein in den ersten Tagen wurden nach Angaben des Innenministeriums fast 7.000 Teilnehmer der nicht genehmigten Protestaktionen festgenommen. Hunderte Menschen, darunter Polizisten, erlitten Verletzungen.

Die EU erkannte die Wahlen nicht an und verhängte gegen Lukaschenko und andere hochrangige Beamte Sanktionen. Nachdem sich Tichanowskaja angeblich aus Sicherheitsgründen nach Litauen ins Exil abgesetzt hatte, schrieben die weißrussischen Behörden sie wegen öffentlicher Aufrufe zur Machtergreifung zur internationalen Fahndung aus.

Tichanowskaja ist derzeit die führende Stimme im Exil gegen Präsident Lukaschenko. Die 38-Jährige trifft immer wieder auf ausländische Staats- und Regierungschefs, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6053ae7b48fbef04da09de1e.jpg>

Lug-info.com: Kommentar des Oberhaupts der LVR Leonid Pasetchnik zur den von Kiew verhängten Sanktionen

Das erste, womit ich meinen Kommentar anfangen möchte – ich fürchte keinerlei Sanktionen! Es ist offensichtlich, dass sie auf die Blockade von persönlichem Nutzen ausgerichtet sind. Ich will anmerken, dass ich keine finanziellen Interessen, Aktiva, Immobilien, Unternehmen, Konten, Aktien habe – weder in der Ukraine noch in irgendeinem anderen Staat. Das einzige, was ich verloren habe, ist die ehrlich erarbeitete ukrainische Rente.

Mein Dienst begann 1987 mit dem Eintritt in die Donezker militärpolitische Hochschule. 1993 wurde ich in die Staatssicherheitsorganen der Ukraine aufgenommen, wo ich mit ehrlichem Glauben mehr als 20 Jahre dem ukrainischen Volk diene. Auf meinem Konto sind die Verhinderung von Währungsschmuggel im Ausmaß von 2 Mio. US-Dollar, wobei man mir ein Schmiergeld von 1 Million Dollar anbot. Ich lehnte grundsätzlich Bestechungen ab und tat alles mir Mögliche, damit diese Gelder in den Haushalt der Ukraine kamen. Dafür wurde ich 2007 von Präsidenten der Ukraine ausgezeichnet.

Außerdem will ich anmerken, dass diese Sanktionen gegen mich verhängt wurden, weil ich angeblich meinen Eid und das Volk der Ukraine verraten hätte. Verantwortlich erkläre ich, dass von keinerlei Verrat die Rede sein kann. Ich bin unserer gemeinsamen jahrhundertlangen Geschichte, der orthodoxen Religion, den Bräuchen und Traditionen, die die Brudervölker Russlands, der Ukraine und Belarus' vereinen, treu geblieben. Ich bin unserem Großvätern und Urgroßvätern treu geblieben, wo Russen, Belorussen und Vertreter der übrigen 15 Unionsrepubliken in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs gegen den Faschismus kämpften.

Außerdem meine ich, dass alle, die heute auf dem vom ukrainischen Regime kontrollierten Territorium dienen, unsere ruhmreiche Geschichte verraten haben. Sie haben ihre Großväter und Urgroßväter, die ihr Blut für die Unabhängigkeit unserer Heimat vergossen haben, verraten. Indem sie die Farbe wechselten, haben sie eine uns fremde Geschichte übernommen und nennen schon heute Banderaleute und andere Komplizen des faschistischen Deutschland Helden der Ukraine. Obwohl sie ihr ganzes bewusstes Leben lang Geschichte studiert haben, Prüfungen abgelegt und vom Gegenteil gesprochen haben. Deshalb meine ich, dass gerade sie Verräter sind.

Ich habe nie der ukrainischen Regierung, die 2014 gesetzwidrig die Macht in Kiew infolge eines bewaffneten Staatsstreichs ergriffen haben, gedient und werde es nie tun. Aus meiner Sicht sind solche Handlungen kriminell und ungesetzlich. Ich will hinzufügen, dass meine ehemaligen Kollegen die Ordnung in der Ukraine nicht gewährleisten konnten und einem Häuflein profaschistischer Fanatiker, die von prowestlichen und proamerikanischen Politikern angeheizt und finanziert wurden, erlaubt haben, die Macht im Land zu ergreifen.

Das Gesagte zusammenfassend unterstreiche ich, dass die Schuldigen an dem Ganzen, was in der Ukraine geschah und geschieht, proamerikanische Politiker sind, deren Endziel eine weitere Zerstörung der Verbindung zwischen den Brudervölkern der Republiken der ehemaligen Sowjetunion sowie eine Untergrabung und Schwächung der Macht der Russischen Föderation sind. Gerade sie sind eine aggressive zerstörerische Kraft, denen der Krieg in der Ukraine nutzt. Und die genannten Sanktionen sind dafür eine Bestätigung. Nach wie vor meine ich, dass die einzige richtige Lösung eine friedliche Regelung im Donbass bei den Verhandlungen in Minsk wäre. Wie man sagt, besser ein schlechter Frieden als ein guter Krieg.

Ich bin überzeugt, dass dies alle Einwohner der Republiken des Donbass und ein großer Teil des Volkes der Ukraine meinen und mich darin unterstützen.

nachmittags:

rusvesna.su: **Moskau hat eine Reihe von Vorschlägen für den Donbass vorgelegt**

Eine Quelle im Kreml bestätigte der RIA Nowosti, dass ein Brief des stellvertretenden Leiters der Kremlverwaltung, Dmitri Kosak, mit einem Dokument über Verhandlungen im "Normandie-Format" an Vertreter von Paris, Berlin und Kiew geschickt wurde.

Moskaus Vorschläge

Das Schreiben spiegelt die gemeinsamen Ergebnisse der Videokonferenz der politischen Berater und Vertreter der Außenministerien im Normandie-Format wider.

Der Autor des Dokuments stellt fest, dass einer der Gründe für den Mangel an Fortschritten bei der Erzielung praktischer Ergebnisse der "anstrengenden" Verhandlungen im "Normandie-Format" ihre unangemessene Organisation ist.

„Angesichts der Gleichheit aller Teilnehmer im Normandie-Format wäre es ratsam, bei der Organisation von Verhandlungen das in der internationalen diplomatischen Praxis weit verbreitete Prinzip der Rotation von Vorsitzenden anzuwenden, damit diese Funktion von jedem der vier Teilnehmer abwechselnd wahrgenommen wird“, schlägt der Autor vor. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, sich spätestens am 22. März auf den Entwurf der gemeinsamen Ergebnisse zu einigen oder ihm Vorschläge zu unterbreiten.

Im Januar fand in Berlin ein persönliches Treffen politischer Berater der Staats- und Regierungschefs der Länder im Normandie-Format (Deutschland, Russland, Ukraine und Frankreich) statt. Die Verhandlungen dauerten über sechs Stunden. Die Parteien diskutierten die Umsetzung der Ergebnisse des Pariser Gipfels 2019 im Hinblick auf eine politische Beilegung des Konflikts.

Projekt zur Versöhnung

Insbesondere im Entwurf der Gemeinsamen Ergebnisse heißt es, Moskau, Berlin und Paris hätten zur Kenntnis genommen, dass Kiew sich geweigert habe, seinen Verpflichtungen in Bezug auf den Waffenstillstand in Donbass nachzukommen, was die Aufnahme von Maßnahmen in die genannte Erklärung bedeutete, die darin fehlten.

Dies beinhaltet: „Gegenfeuer im Falle offensiver Aktionen ist nur zulässig, wenn es im Auftrag der zuständigen Führung der Streitkräfte der Ukraine und der Führung der bewaffneten Formationen der ORDLO (bestimmte Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk, die nicht von Kiew kontrolliert werden) nach einem erfolglosen Versuch, den oben genannten Koordinierungsmechanismus zu nutzen, angeordnet wird. Die TKG (Trilateral Kontaktgruppe) wird über die Erteilung solcher Aufträge informiert.“

Es wird auch erklärt, dass als "offensive Aktionen" alle Versuche zu verstehen sind, die Positionen von Truppen zu ändern, die zum Zeitpunkt der Annahme dieser Erklärung bestanden hat, einschließlich zusätzlicher technischer Ausrüstung für Positionen gegenüber dem Feind, auch zum Zweck der Durchführung von Aufklärungs- oder Sabotageaktionen. "



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/kreml_11.jpg

ukinform.de: Nationaler Sicherheitsrat verhängt Sanktionen gegen Ex-Präsidenten Janukowitsch und ehemalige Regierungsbeamte

Der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine (RNBO) hat in seiner Sitzung am Freitagabend die Sanktionen gegen den Ex-Präsidenten der Ukraine, Wiktor

Janukowitsch, den früheren Regierungschef Nikolaj Asarow und andere ehemalige Regierungsbeamte beschlossen.

Nach Angaben des RNBO-Sekretärs, Olexij Danilow, handelt es sich um das maximale Sanktionsvolumen, das das ukrainische Recht vorsieht. Von den Sanktionen sind auch der Ex-Generalstaatsanwalt der Ukraine, Wiktor Pschonka, der frühere Bildungsminister Dimitri Tabatschnik, die ehemaligen Verteidigungsminister der Ukraine, Pawlo Lebedew und Dmitri Salamatin, das sogenannte „Oberhaupt“ der Halbinsel Krim, Sergej Aksjonow, die ehemalige Staatsanwältin der besetzten Krim Natalia Poklonskayja sowie andere Personen betroffen. Nach Worten von Danilow waren einige dieser Personen früher Staatsangehörige der Ukraine, doch jetzt sind 90 Prozent von ihnen Staatsbürger Russlands.



https://static.ukrinform.com/photos/2021_03/thumb_files/630_360_1615483051-307.jpg

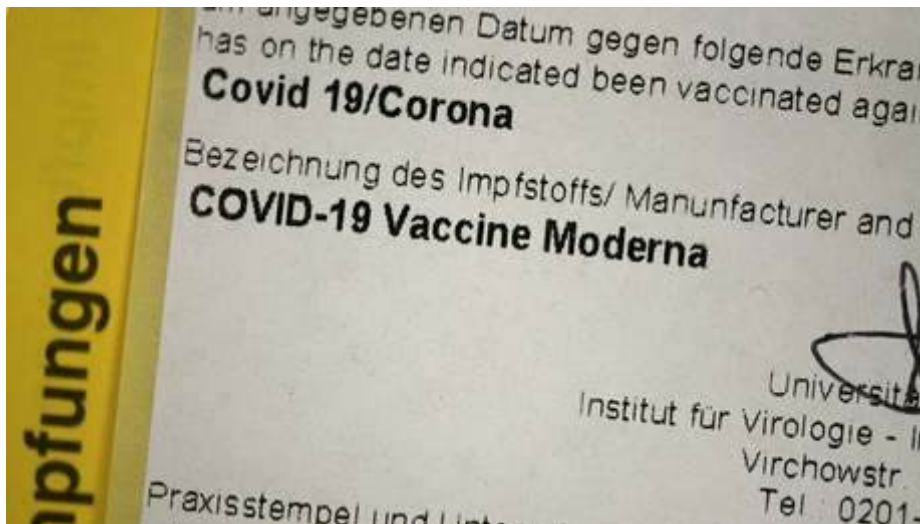
snanews.de: **Corona-Impfpass für Reisefreiheit: Österreich will Tempo forcieren**

Auf einem Treffen mit zwölf anderen europäischen Staaten will Österreich für höhere Geschwindigkeit bei dem europaweit gültigen Grünen Pass werben, der Urlaubsreisen in Corona-Zeiten ermöglichen soll. Dies meldet die DPA am Samstag.

Die Beratungen sollten noch vor Ostern stattfinden, kündigte Tourismusministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) am Samstag in Wien an. Teilnehmen sollen unter anderem Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland und Spanien. Die EU-Kommission will, dass der Ausweis zum 1. Juni einsatzbereit ist. Österreich und einige andere Länder drängen auf ein höheres Tempo.

„Jede Abstimmung, die vorher stattfindet, wird dem Projekt helfen“, sagte Köstinger. Dabei geht es neben rechtlichen Fragen auch darum, ob zum Beispiel die Quarantänepflicht sowohl im Ziel- wie im Herkunftsland entfällt oder wie viele Tests im Gastland nötig sind, damit eine ungehinderte Rückreise möglich ist. Zur Vorbereitung will Köstinger am Montag den Vizepräsidenten der EU-Kommission, Margaritis Schinas, treffen.

Der Grüne Pass werde Reisefreiheit und Normalität im Alltag zurückbringen, betonte die Ministerin. „Es ist wichtig, dass die Tourismisländer hier an einem Strang ziehen, um eine rasche Umsetzung sicherzustellen.“ Unterdessen sieht Österreichs Gesundheitsminister Rudolf Anschober für größere Lockerungen momentan keine Chance. „Wir haben derzeit sicher keine Phase, wo es (...) um eine Phase der großen Lockerungen geht“, sagte er im ORF-Radio angesichts steigender Neuinfektionszahlen und der Situation in den Intensivstationen. Die Sieben-Tage-Inzidenz in Österreich liegt derzeit bei etwa 220 - mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. Regional ist die Entwicklung sehr unterschiedlich. Die Regierung in Wien berät am Montag über die Strategie für die nächsten Wochen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/14/1374707_0:0:3193:1796_1440x0_80_0_0_afe801e10f635312c37776e7e65ab5da.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 20.03.2021**

In den letzten 24 Stunden, vom 19. auf den 20. März, hat der Gegner weiter Feuerprovokationen durchgeführt.

In Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **drei Feuerprovokationen** auf das Territorium unserer Republik durchgeführt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Gnatow dreimal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet und sieben Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 18 Granaten mit verschiedenen Arten von Granatwerfern auf **Leninskoje** und **Sachanka** abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 10. Brigade der BFU in Richtung Gorlowka von den Positionen im Gebiet von Leninskoje aus die Mörserfeuer auf die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka eröffnete und zehn 82mm-Mörsergeschosse abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 13 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade – ein Abwehrgeschütz 3SU-23-4 „Schilka“ in einem Wohngebiet am westlichen Rand von Tschernenko und ein Schützenpanzerwagen zwischen Wohnhäusern in der Zentralnaja-Straße in Gnutowo.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbrigade – ein Panzerfahrzeug in einem Wohngebiet am südöstlichen Rand von Sajzewo (sewernoje).

Wir stellen weiter die **Verstärkung von Minensperren** durch Kämpfer der BFU fest, was das Leben und die Gesundheit von Zivilisten gefährdet und außerdem die Arbeit der OSZE-Mission behindert.

Auf landwirtschaftlichen Feldern 2km südlich von Sajzewo (sewernoje) haben Kämpfer der 10. Gebirgssturmbbrigade 310 Antipanzermine TM-62 installiert, an der Ausfahrt aus

Pischtschewk am Rand der Autostraße haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade neun Antipanzerminen installiert. Außerdem wurde am nordöstlichen Rand von Sopino die Installation eines gemischten Minenfeldes durch Pioniere des 501. Bataillons der 36. Brigade beobachtet, auf dem neben Antipanzerminen TM-62 von ukrainischen Verbrechern installierte vom Vertrag von Ottawa verbotene Antipersonenminen PMN-2 sind.

Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter. So wurde festgestellt, dass um die Entdeckung verbotener Waffen der 72. Brigade der BFU zu verhindern, Stationen zur Funkblockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung im Gebiet von Werchnetorezkoje eingesetzt werden, dadurch haben die Mitarbeiter der OSZE die Kontrolle über eine Drohne verloren. Es muss angemerkt werden, dass bei einem weiteren Start einer Drohne der OSZE-Mission in diesem Gebiet diese wieder unter Funkblockade geriet, was den vorsätzlichen Charakter solcher Aktivitäten von Seiten der BFU bestätigt.

Diese Sachverhalte werden auch vom Bericht der OSZE-Mission vom 19.03.2021 bestätigt. Außerdem führt der ständige Einsatz von Mitteln der elektronischen Kriegsführung durch die ukrainischen Verbrecher zu Ausfällen bei der Funktion der Mobilfunk- und Fernsehverbindungen. Wir stellen massenhafte Beschwerden von Seiten örtlicher Einwohner fest, dass es unmöglich ist, Notfalldienste zu rufen und mit Verwandten zu telefonieren. Nach Informationen unserer Aufklärung starb gestern auf den Positionen der 36. Brigade im Gebiet von Wodjanoje infolge der Detonation einer Gasflasche auf einem Zugstützpunkte der Kämpfer der BFU Unterfeldwebel Grabar, drei seiner Kameraden erlitten unterschiedlich schwere Brandverletzungen und wurden in ein Krankenhaus von Mariupol eingeliefert. Traditionsgemäß hat das Kommando der BFU diese Verluste als Ergebnis von Beschuss seitens der Volksmiliz ausgegeben und dabei uns des Einsatzes von 122mm-Artillerie beschuldigt.

Diese Beschuldigungen sind unbegründet und haben das Ziel, die Situation an der Kontaktlinie zu destabilisieren. Die Artillerie der DVR befindet sich in den festgelegten Abzugsgebieten und wird nicht gegen den Gegner eingesetzt.

snanews.de: **Tesla-Autos für Spionage eingesetzt? Musk weist Berichte zurück**

Elon Musk, Gründer von Tesla, hat den Verdacht zurückgewiesen, dass seine Elektroautos in China oder einem anderen Land für Spionagezwecke eingesetzt werden könnten, schreibt die Zeitung „Guardian“.

„Wir haben einen starken Anreiz, mit unseren Kundeninformationen äußerst vertraulich umzugehen. Wenn Tesla in China oder anderswo mit Autos spionieren würde, würden wir dichtgemacht“, sagte der Unternehmer am Samstag bei einer virtuellen Diskussionsrunde des Chinesischen Entwicklungsforums.

Die beiden größten Volkswirtschaften der Welt, die Vereinigten Staaten und China, müssen sich Musk zufolge mehr vertrauen.

Tesla hat im vergangenen Jahr 147.445 Fahrzeuge in der Volksrepublik verkauft, 30 Prozent seiner weltweiten Gesamtmenge.

Zuvor berichtete das „Wall Street Journal“ unter Berufung auf Quellen, dass die chinesische Regierung der Ansicht sei, dass die Elektrofahrzeuge des amerikanischen Herstellers Tesla eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen könnten, weshalb sie ihre Verwendung durch das Militär, Mitarbeiter strategischer und Staatsunternehmen einschränken werden. Peking befürchte, dass die sensiblen Daten aus seinem Land via Tesla in die Hände der USA gelangen könnten.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/0e/158492_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_c53f8d4132b9508e9a9d619083669a54.jpg

de.rt.com: **Pfizer plant Preiserhöhung für Impfstoff und spricht von jährlichen Auffrischungsimpfungen**

Der US-Pharmariese sieht laut Finanzchef Frank D'Amelio, eine "signifikante Möglichkeit", mehr von der US-Regierung für seinen Impfstoff zu verlangen, sobald die COVID-19-Pandemie überstanden sei. Zudem würden jährliche Auffrischungsimpfungen "immer wahrscheinlicher".

Die aktuellen Preise von Pfizer für den zusammen mit dem deutschen Partner BioNTech entwickelten Impfstoff orientierten sich an dem Bemühen der US-Regierung, die Pandemie unter Kontrolle zu bekommen und genügend Impfdosen zu sichern, so Frank D'Amelio. Im Augenblick verlangt Pfizer von der US-Regierung 19,50 US-Dollar (ungefähr 16,32 Euro) pro Dosis – und Amit weit weniger als den üblichen 150 oder 175 US-Dollar pro Dosis, die das Unternehmen normalerweise für einen Impfstoff einnimmt, wie D'Amelio auf einer Veranstaltung des Unternehmens im Februar erklärt hatte.

Aber, so der Finanzchef, "normale Marktbedingungen werden einsetzen", wenn sich die globale Pandemie in eine endemische verwandele, sagte D'Amelio nun letzte Woche. Die neue Situation könne sich zum Vorteil von Pfizer auswirken, so der Manager, da die Impfung zu 95 Prozent wirksam sei, die höchste Rate unter den drei Impfstoffen, die derzeit für den Einsatz in den USA zugelassen sind.

"Faktoren wie Wirksamkeit, Booster-Fähigkeit, klinischer Nutzen werden im Grunde sehr wichtig werden, und wir sehen das offen gesagt, als eine bedeutende Chance für unseren Impfstoff aus einer Nachfrageperspektive, aus einer Preisperspektive, angesichts des klinischen Profils unseres Impfstoffs", fügte D'Amelio am vergangenen Donnerstag während einer Konferenz hinzu. Pfizer gehe jedoch davon aus, dass die Regierungen die Hauptabnehmer seines Impfstoffs bleiben würden, da sich die Pandemie bis ins Jahr 2022 hinziehen werde und die Preise in dieser Zeitspanne niedrig gehalten werden.

Der in Manhattan ansässige Pharmariese rechnet in diesem Jahr bereits mit einem Umsatz von etwa 15 Milliarden US-Dollar mit dem COVID-Impfstoff und einer Gewinnspanne von mehr als 20 Prozent der Gesamteinnahmen. Diese Gewinne könnten sogar noch größer werden, sobald Pfizer aus dem "Pandemie-Preisumfeld" herauskommt, erklärte D'Amelio den Investoren letzten Monat. "Offensichtlich werden wir mehr über den Preis bekommen", sagte er auf der Gewinnmitteilung von Pfizer. "Und ganz klar ... je mehr Volumen wir durch unsere Fabriken schicken, desto niedriger werden die Stückkosten."

Pfizer glaube auch, dass es "immer wahrscheinlicher" werde, dass die Menschen eine "jährliche Auffrischungsimpfung" benötigen, um die COVID-19-Varianten abzuwehren, die

auf der ganzen Welt aufgetaucht sind, so D'Amelio weiter. Pfizer hat eine Studie über eine dritte Impfstoffdosis gestartet, um die Varianten zu bekämpfen. Dazu D'Amelio: "Wir sehen dies nicht als ein einmaliges Ereignis, sondern als etwas, das in absehbarer Zeit anhalten wird."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6053287348fbef748366bec7.jpg>